

die Produktion und die Warenmenge dagegen drücken und die Grundlage der Konjunktur gestören. Außerdem unterbinden sie unsere Warenausfuhr nach dem Auslande, womit wichtige Industriezweige gerade den Teil ihrer Auftragsbestände verlieren, der die volle Beschäftigung und schließlich die Rentabilität der Betriebe erst ermöglicht.

Man hat nach der Marktstabilisierung der deutschen Preisbildung nicht die Sorgfalt zugewendet, die notwendig war, um jene drohenden wirtschaftlichen Rückschläge zu vermeiden, von denen der Reparationsagent in seinem Bericht spricht. Wohl sprach man bei der Einführung der Rentenmark von der Notwendigkeit, in der deutschen Wirtschaft wieder zu kalkulieren. Wohl redete man auch darüber bei recht vielen Anlässen; kalkuliert wurde aber nicht. Das Wort von der Spennigalkulation, von der geradezu haarsträubenden Kalkulation, die der wirtschaftliche Aufbau in Deutschland erforderte, ist eine Strafe geblieben. Das deutsche Preisniveau kann auch nicht als echt bezeichnet werden, weil man ohne Rücksicht der Produktionsveränderungen in der Nachkriegszeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine angebliche Geldentwertung mit weitestem Gewissen und rein schematisch auf jeden Preis übertrug. Man machte sich die Sache sehr leicht, indem man sagte, alles ist gegenüber der Vorkriegszeit um rund 50 Prozent teurer geworden, weshalb sollen wir niedrigere Preise fordern als die andern.

Man mißbrauchte die gesunkenen Gestehungskosten, um eine überhöhte Profitquote herauszuschlagen. Dieses Bestreben nach einer höheren Profitquote ist keine Eigenschaft, die dem deutschen Kapitalismus der Nachkriegszeit besonders eigenständig ist. Zweck und Sinn des Kapitalismus ist ja, unter allen Umständen einen möglichst hohen Profit herauszuschlagen. Wenn sich das Bestreben nach einer Überhebung der Profitquote aber in unserer Wirtschaft so bedenklich und unheilvoll auswirkt, dann doch nur deshalb, weil das Unternehmertum mit Hilfe des Kartells und des Kartellpreises, also einer privatkapitalistisch gebundenen Wirtschaft mit gebundenen Preisen, jeden Preis durchsetzen konnte. Früher war es so, daß der Handel, besonders der Großhandel, gewissermaßen eine Hemmung für die Neigungen des Produzenten war, zu wuchern. Der Handel hielt mit dem Einkauf zur Zeit der Höchstpreise zurück und deckte seinen Bedarf, wenn die Preise ihren wahrscheinlich niedrigsten Stand erreicht hatten. Unter Auswirkung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ergaben sich so natürliche Grenzen für die Preisüberhebung. In der Nachkriegszeit übernahm der Handel aber, auch wenn er nicht in völlige Abhängigkeit vom Produzenten geraten war und nach dessen Preise tanzen mußte, die Preisbildungsmethoden der Erzeuger. Beim letzten Verbraucher findet deshalb bei uns kein Preisausgleich statt. Es fehlt der natürliche Widerstand gegen die Preisüberhebung. Wir leben seit Jahren in einer Zeit der größten Auspöcherung der Konsumenten, einer künstlichen Verminderung unserer Warenerzeugung und Warenmengen, weil dem organisierten Erzeuger und Händlertum nicht der organisierte Konsument gegenübersteht.

Auch die große deutsche Konjunkturbewegung erfährt doch schließlich nur einen Teil der Verbraucher und des Wareninhaltes, der, gemessen an den Fortschritten der modernen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit, nicht befriedigt. Leider ist die Genossenschaftsbewegung in Deutschland im Rahmen der Emanzipation der Arbeiterklasse nur so etwas wie Gefinnungssache geblieben. Man hat den Zweck der Genossenschaftsbewegung wohl anerkannt, wurde schließlich auch Mitglied eines Konsumvereins, aber man betrachtete schließlich das Ziel, den Verbraucher von der privatkapitalistischen Ausbeutung zu befreien, als eine Illusion. Noch heute gibt es zahlreiche Arbeiterfamilien, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, die aber den Krämer nicht mißsen können und den größten Teil ihrer Einkäufe nicht im Konsumladen befreien. Dadurch wurde der Schritt, durch Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften die Preisüberhebung, die privatkapitalistische Ausbeutung abzuwehren, äußerst erschwert. Es ist eine traurige Tatsache, daß die deutschen Konsumvereine nur den kleinsten Teil ihres Mehrverbrauchs im Eigenbetrieb herstellen, während sechs Siebentel noch immer von privaten Erzeugern bezogen werden müssen. Welche wichtige Waffe aber die Arbeiterschaft in dem Eigenbetrieb, der Selbstproduktion der Konsumgenossenschaften in der Hand hat, geht aus der letzten Entwicklung der deutschen Zündholzindustrie hervor. Die im Zwangssyndikat zusammengeschlossenen Zündholzfabrikanten haben die Zündholzpreise wesentlich erhöht. Die Konsumgenossenschaften, die heute schon über 10 Proz. des deutschen Zündholzbedarfs herstellen, erklären einfach, die Preisüberhebung nicht mitzumachen zu wollen. Das Konsumgenossenschaftsmitglied kauft heute also in seinem Konsumverein das bessere Streichholz zu einem weit niedrigeren Preis als bei dem Privathändler, dem Krämer. Die genossenschaftliche Organisation hat sich also, und darauf kommt es in diesem Zusammenhang an, als Hemmung gegen die Preisüberhebung erwiesen. Die Erzeugung, die mit dem Ziel in festen Organisationen zusammengeschlossen ist, den Preis zu übersehen, findet ihren Widerstand in den organisierten Konsumenten.

Es ist eine trügerische Hoffnung, wenn man in bürgerlichen Kreisen davon spricht, durch Kartellgesetze und Preisverordnung das alte Gesetz von Nachfrage und Angebot wieder wirksam zu machen, um so den Preiswucher zu unterbinden. Wir sehen in den Organisationen des Privatkapitalismus eine neue Wirtschaftsform, die nicht revidiert werden kann. Notwendig ist, daß diesen neuen Kräften, die sich in den privatkapitalistischen Organisationen verdorren, andre Kräfte gegenübergestellt werden, Kräfte der Selbsthilfe, die Organisation der Verbraucher. Das Gleichgewicht der Kräfte, aus dem sich erst das Ende der Preisüberhebungsperiode bei uns und der echte Preis ergeben, kann nur durch Fortschritte der konjunktionsgenossenschaftlichen Organisationen hergestellt werden.

Arbeiterschaft und Arbeitsleistung

Der Hochkapitalismus, der in Kartellen und Trusts nationaler und internationaler Art organisierte Kapitalismus, wird durch das Bestreben gekennzeichnet, die Intensität des Arbeitsprozesses zu erhöhen. In der Massenfäbrrikation des Hochkapitalismus kommt die moderne Verbindung der Warenmenge und Warenqualität zum Ausdruck. Sie ist nur zu erreichen, wenn neue Arbeitsenergien geschaffen werden, durch die die Produktivität des menschlichen Hirns und der menschlichen Hand, die in der modernen Fäbrrikationsreihe nicht durch Maschinen zu ersetzende Präzisionsarbeit leisten, gesteigert wird.

Was richtige Erkenntnis ist, zeigt sich aber bei uns unfähig schwer durch. Der Übergang vom alten traditionellen Kapitalismus, vom Kapitalismus des Unternehmers, der auch noch Besitzer der Produktionsmittel war, zum organisierten Kapitalismus, zum Hochkapitalismus, in dem der Unternehmer nichts weiter als Angestellter ist, vollzieht sich nicht so einfach wie es scheint. Wir sehen, wie sich in den hochentwickelten Industrien von heute zu morgen große Konzerne und Trusts bilden. Von dieser Entwicklung wird aber doch nur ein verhältnismäßig beschränkter Teil der ganzen Wirtschaft ergriffen. Der übergroße Rest beruht in seiner wirtschaftlichen, besonders organisatorischen Befassung noch durchaus auf den Grundlagen des traditionellen Kapitalismus. Noch schwerer als die organisatorische vollzieht sich die psychologische Entwicklung; selbst in den großen Konzernen und Trusts gibt es eine Wirtschaftsführung, die durchaus der „Wäse“ volkswirtschaftlicher Überlegung entbehrt, wo die Rekorddividende noch immer das ausschlaggebende Ziel der Wirtschaftsführung ist, auch wenn man dabei einen Raubbau an Arbeitskräften und einen Raubbau an den allgemeinen Wirtschaftsinteressen in Kauf nehmen muß. Was notwendig ist, eine Erziehung des deutschen Unternehmers, der in den Verhältnissen einer grundsätzlich überwundenen Wirtschaftsperiode wurzelt, zum Hochkapitalismus. Diese Notwendigkeit betonte u. a. Geheimrat Bucher auf der Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt am Main, und dieser Notwendigkeit widmet Werner Sombart in seinem „Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus“ (zwei Bände, erschienen im Verlag von Duncker und Humblot, München und Leipzig) einen großen Teil seiner äußerst interessanten und wichtigen Ausführungen.

Die sozialpolitischen Voraussetzungen der Qualitätsarbeit, wovon so viel auf dem Industrietag in Frankfurt gesprochen wurde, sind für Sombart wichtigste Ausgangspunkte der Produktivitätssteigerung. Er verweist dabei auf die bekannte Tatsache, daß mit steigendem Afford die Arbeitsintensität steigt und daß sie mit fallendem Afford sinkt. Weiter erinnert er an die äußerst interessanten Beobachtungen während der Herabsetzung des Arbeitstages unter 12 Stunden in England im Jahre 1844. Damals erklärten die Fabrikanten fast einstimmig, der Grad der Wachsamkeit und Aufmerksamkeit auf Seiten der Arbeiter (Intensität) sei kaum steigerungsfähig und, alle andern Umstände wie Gang der Maschine usw. als gleichbleibend vorausgesetzt, sei es daher unfruchtbar, in wohlgeleiteten Fabriken von der Steigerung der Aufmerksamkeit usw. der Arbeiter irgendein effektives Resultat zu erwarten. Man ließ sich damals durch die Argumentation der englischen Fabrikbesitzer nicht beirren, sondern nahm in zwei großen Fabriken die Herabsetzung des Arbeitstages von 12 auf 11 Stunden vor. Es zeigte sich, daß in 11 Stunden mehr produziert wurde als früher in 12 Stunden, ausschließlich, wie die Berichte der englischen Fabrikinspektoren besonders betonten, infolge der größeren, gleichmäßigeren Ausdauer des Arbeiters und Ökonomie seiner Zeit.

Wenn man diesen Vorgang, der sich immer wieder in der Produktionsgeschichte wiederholt, analysiert, so ist erstmal das Auftauchen neuer Arbeitsenergien festzustellen, die ohne Zweifel darauf zurückzuführen sind, daß sich die sozialpolitischen Voraussetzungen (vermindertes Arbeitstages und höherer Lohn) gebessert haben. Nun ist es durchaus richtig, daß mit den neuerschaffenen sozialpolitischen Voraussetzungen für die Arbeitsintensität und selbst mit neu geschaffenen Energiequellen noch lange nicht eine größere Arbeitsintensität vollzogen werden kann. Karl Marx bezeichnet ja in seinem bekannten Kapitel über die Intensifikation der Arbeit, die Verkürzung des Arbeitstages immer als die „subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit, der Fähigkeit des Arbeiters, mehr Kraft in gegebener Zeit flüssig zu machen“. Ganz mit Recht bemerkt Sombart in diesem Zusammenhang, daß, wenn diese subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit vorliegt, Mittel angewendet werden müssen, „um diesen potenziellen Mehraufwand an Arbeitsenergie zu einem aktuellen zu machen, den Arbeiter also zu dem Mehraufwand auch wirklich zu veranlassen“. Es handelt sich also hier zuguterletzt um eine Transformation von Kräften, um eine Umwandlung von vorhandenen Arbeitsenergieerreservoirs in Arbeitsintensität.

Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß sich diese Transformation, ein durchaus psychologisches Problem, nur durch Beteiligung der Arbeiterschaft an der Produktivitätssteigerung vollziehen läßt, d. h., die Arbeiterschaft muß durch Einfluß auf die Wirtschaftsführung, durch wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft, die Gewissheit und Überzeugung haben, daß die Erfolge der Produktivitätssteigerung, die sich bei uns heute in dem Verlauf des Rationalisierungsprozesses äußerten, auch ihr zugute kommt. Diesen Anspruch, das Bestreben nach Demokratisierung der Wirtschaft, lehnt der organisierte Kapitalismus von heute aus Gründen ab, die man durchaus der Gedankenwelt des alten traditionellen Kapitalismus entlehnt hat. Der Unternehmer von heute ist nicht mehr der Mann vom Schlage der englischen Fabrikbesitzer aus dem Jahre 1844. Sie wissen sehr gut, daß die Steigerung der Arbeitsintensität ein psychologischer Prozeß ist, wollen aber den potenziellen Mehraufwand an Energie, wie Sombart sagt, dadurch zu einem aktuellen machen, indem sie eine alte Ideologie lebendig machen, die im Grunde genommen auf der Zusammenarbeit von Unternehmertum und Arbeiterschaft, in der alten Werksgemeinschaft fußt. Dagegen will man die Schaffung der subjektiven Bedingungen für die Kondensation der Arbeit vermeiden. Den Beweis erbringt das heutige Unternehmertum durch seine unbegreifliche Haltung in der Lohnfrage.

Man will also die Auslösung von Arbeitsenergien, ohne durch eine gesteigerte Lebenshaltung usw. neue Reservoirs an Arbeitsenergie zu schaffen. Dadurch verrät das heutige Unternehmertum, daß es doch durchaus den Schritt vom traditionellen Kapitalismus zum organisierten Kapitalismus noch nicht vollzogen hat. Man bildet neue Arbeitsverfahren aus, in denen der Arbeiter durchaus Objekt und nicht Subjekt ist, durch die ihm die Fälligmachung von Arbeitsenergien abgedrängt werden soll. Das Ganze ist aber nur dasjenige, was die klassischen Ökonomen als forschfremde „Ausdehnung des Instrumentalsystems“ bezeichnet haben. Durch sie vermeint man die Energieausgabe des Arbeiters, wie Sombart bemerkt, nach Wunsch zu steigern ohne Unterstützung durch Lohnerhöhung, indem man den Arbeiter einfach zu einem Anhänger des Instrumentalsystems macht und ihm durch Befehlsmäßigkeit des automatisierten Produktionsorganismus eine bestimmte Arbeitsintensität abdrängt. Daß dieser Weg auf die Dauer nicht zu einer wirklichen Steigerung der Produktivität führen kann, beweist die Wirtschaftsgeschichte. Diese Tatsache ist das Katastrophale an der gegenwärtigen Politik des deutschen Unternehmertums. P. d.

Reparaturen, Transfer und Währung

Parker Gilbert nimmt kein Blatt vor den Mund! Er schreibt der deutschen Regierung höflich aber entschieden, wie er die geldliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sieht. Ob seine Auffassung richtig ist, steht auf einem andern Blatt. Die Berufs- und Fachpresse hat allen Grund, über die wichtigsten Bedenken des Generalagenten zu berichten. Denn was dieser meint, sagt und schreibt, beeinflusst das Gewissen und die Wirtschaftsgestaltung Deutschlands. Etwas hart und herb ausgedrückt: Deutschland ist nun einmal am Seile des Generalagenten. Ob es dem einzelnen Deutschen gefällt oder nicht: Parker Gilberts Aufgabe ist es, darauf zu achten und darauf zu halten, daß die deutsche Mark nicht im Werte sinkt, Deutschland reparationsfähig bleibt und der Transfer möglichst ohne Hemmungen und Widerstände vor sich geht. Das ist, kurz gesagt, was Parker Gilberts Amtes ist. Seine Pflichten sind also nicht angenehmer Art. Wer zu fordern und einzutreiben hat, ist nie gern gesehen. Immerhin, bis jetzt hat Parker Gilbert sich bemüht, die bittere Pille, die er dem deutschen Volk verabreichen muß, nicht noch bitterer zu machen als sie eben ist.

Es ist einem Schriftsteller, der mit Leib und Seele innig mit seinem Volke sich verbunden fühlt, nicht leicht, bei dieser Angelegenheit besonnen und sachlich zu bleiben. Aber er muß es. Mit Gefühlsaufwallungen werden schwere welt-politische und weltwirtschaftliche Angelegenheiten nicht gefördert. Also: Daß unsre Währung wärrt, damit sind alle Einsichtigen einverstanden. Die Reparationen (die Geld- und Sachleistungen an die Gläubiger aus dem Friedensvertrag) und der Transfer (gleich die Hineinbringung der Gelder und Sachen zu den Vertragsberechtigten) sind eine empfindliche Angelegenheit. Und nicht nur für Deutschland. In den empfangenden Ländern ist etwa nicht eitel Freude über den Empfang. Geld würde man ja schon nehmen, aber Ausfuhrzölle: Stoffe, Geräte, Wertzeuge, Maschinen und andre Güter sind von denen gar nicht gern gesehen, die in den am Krieg beteiligten Ländern selber solche Güter herstellen. Von Ausnahmen abgesehen: Die Sachleistungen sind nur unter Widersprüchen anzubringen. Daß das beim Gelde nicht so ist, hängt damit zusammen, daß diese Art der Bereinigung im allgemeinen nicht so recht verstanden wird; Bargeld nimmt jeder gerne. Aber das Geld, das aus einer Volkswirtschaft herausgezogen und in eine andre überfließt wird, bleibt ja dort nicht unbeweglich liegen. Es drängt zum Geldmarkt; wo die gewinnbringendsten Ausflüchte sind, dahin bahnt es sich den Weg. Zum Beispiel: zahlte Deutschland in Reichsmark, so wird dieses Geld wieder nach Deutschland wandern, denn was sollen die Amerikaner mit deutschem Geld anfangen. Sie müssen es wieder an Deutschland ausleihen oder in Deutschland Waren dafür kaufen (das gilt für England, Frankreich, Italien und die andern For-

derungsberechtigten. Zahlt aber Deutschland in Devisen (in fremdem Gelde oder fremden Wechseln), so muß es sich diese vorher erworben haben; mit deutschem Gelde gekauft oder Waren ins Ausland verkauft und dafür die Devisen erhalten haben.

Also, wie man es auch nimmt: Deutschland zahlt allemal in Waren oder Dienstleistungen. Etwas anderes ist ja kaum möglich. Die Zahlungen in Geld verflechten nur die Zahlungen in Waren oder Dienstleistungen. In Geld wird gerechnet, geleistet werden Waren und Dienste. Es ist wahrhaftig kein Zufall, daß Amerika (womit hier immer die Vereinigten Staaten von Nordamerika gemeint sind) Deutschland Geld leiht, dann wieder leiht und nochmals leiht. Das ist weder auf ein besonderes Wohlwollen der Amerikaner zurückzuführen, noch auf eine besondere Einsicht, noch auf Gewinnjagd, sondern darauf, daß Amerika auswärtiges Geld erhält, dieses Geld aber in der eignen Volkswirtschaft nicht behalten und nicht vorteilhaft verwenden kann. Daß ausgerechnet Deutschland am meisten erhält, ist gar nicht so verwunderlich; es muß ja große Beträge hinausenden. Jedes Geld hat die Neigung, in sein Ursprungsland zurückzukehren, und jede Schuld wird durch Waren- oder Dienstleistungen beglichen. Ein Drittes gibt es nicht! Oder doch? Wenn es ein Drittes gäbe, so könnte dies nur Schenkung sein. Daß auch darum verhindert wird, ist bekannt (siehe Amerika und Italien, Amerika und Frankreich).

Einschweigen: Deutschland zahlt und Deutschland liefert Sachgüter. Daß dies in den Grenzen der Abmachungen geschehe, dafür ist Parker Gilbert da, und dafür steht er sich ein. Was einmal wird, wenn die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge besser und allgemeiner erkannt werden, läßt sich denken. Wahrscheinlich ist es dies: Man nimmt, was man nach dem Dawes-Abkommen zu bekommen hat, so lange, bis über und über klar geworden ist, daß dies kein Segen für die empfangenden Länder, sondern ein Fluch ist. Wer erinnert sich noch der Redensart, daß die fünf Milliarden, die Deutschland nach 1871 (in Gold und Sachwerten) von Frankreich bekommen hat, Deutschland mehr geschadet haben sollen als Frankreich, das sie zahlen mußte. Die Gründerperiode mit ihrem schlimmen Ausgang konnte nur durch den Geldzufluß aus Frankreich entstehen. Es ist eben gar nicht so einfach, größere Beträge einer Volkswirtschaft zu entziehen und sie nutzbringend in einer andern zu verwenden. Vielesicht geht das zur Auffrischung einer Volkswirtschaft, aber der Tag kommt, wo es nicht mehr Auffrischung, sondern Sättigung ist, und was darüber hinaus geschieht, ist für die empfangende Volkswirtschaft vom Übel. Gewiß, man kann Waren und man kann Geld ausführen, aber es müssen auch Abnehmer dafür vorhanden sein. Und die Abnehmer sollen doch die gekauften Waren bezahlen. Bezahlt aber wird — in Waren- oder Dienstleistungen. Das heißt nichts mehr und nichts weniger: Wer einführt, muß ausführen, und wer ausführt, muß einführen. Die Ausfuhr ist die Bezahlung für die Einfuhr. Einführen kann auf die Dauer nur, wer ausführen kann. Derlei wissen die führenden Köpfe der empfangsberechtigten Länder, und schon manchem einm ist es unbefähigt darüber geworden. Parker Gilbert kennt die Grenzen des Segens und Unsegens wohl auch, aber er hat die Aufgabe, darauf zu halten, daß Deutschland leistungsfähig bleibt und in den ihm möglichen Grenzen zahlt und daß die Zahlungen (der Transfer) so geschehen, daß sie auch den Empfangenden nicht wehe tun. So ist's! Helf er sich! Zu beneiden ist er nicht. Eines Tages wird sich dies alles genauer zeigen, einstweilen entledigt er sich seiner Aufgabe mit einer bemerkenswerten Geschicklichkeit und — wenn es gefordert wird — mit einer nicht mißzuverstehenden Offenheit. Was schreibt er?

Aus der umfangreichen Denkschrift sei kurz herausgehoben: Die öffentlichen Ausgaben steigen in Deutschland, das Wirtschaftsleben erfährt künstlichen Antriebe, die Festigkeit des öffentlichen Finanzwesens drohe ins Wanken zu kommen. Er empfiehlt Sparsamkeit und geordnete öffentliche Finanzen. Die Regierung müsse da scharf zugreifen, vermeiden, was zu vermeiden ist. Zuerst sollten die Beamten eine Aufbesserung von 10 Proz. erhalten, am 11. September aber hier es 18 bis 25 Proz. Erhöhung, im gesamten 325 Millionen mehr (155 Millionen für Gehälter und 170 Millionen für Ruhegehälter). Rechne man die wahrscheinlichsten Erhöhungen der Löhner, Gemeinden, Reichspost und Reichsbahn hinzu: alles in allem würden die Gesamtkosten 1200 bis 1500 Millionen (1—1½ Milliarden) ausmachen. Das wäre nur durchzuführen, wenn das Steueraufkommen mehr einbrächte. Auf die Wirtschaft würde das nachteilig einwirken. Die mehrfach angekündigte Verwaltungsreform sei nicht durchgeführt worden. Die Auslandsgeheimnisse seien zu entschärfen, für ein neues Schulgesetz seien erhebliche Aufwendungen nötig. Er fände sich in all diese Angelegenheiten nicht einzuweisen, aber er möchte auf die Folgen hinweisen, die sich aus der starken Anspannung der Steuerkraft ergeben. Der Wirtschaft (Landwirtschaft und Industrie) würden dringend nötige Mittel entzogen und die Neubildung von Kapital verhindert. Die geplanten Mehrausgaben steigern die Herstellungskosten und die Preise für die Lebenshaltung. Die Zahlungsbilanz sei schon eine Weile ungünstig (die Einfuhr übersteigt sehr die Ausfuhr). Länder und Gemeinden lebten über ihre Mittel. Parker befrägt die Anleihewirtschaft Deutschlands näher und geht dann auf die Transferfrage ein. Die deutsche Reichsregierung hätte die Pflicht, die Transferierung (also die Hineinbringung der von Deutschland zu entrichtenden Beträge in die forderungsberechtigten Länder) zu erleichtern. Wirksam solle die deutsche Reichsregierung den hinabziehenden Verhältnissen

begegnen. Sie habe es noch in der Hand, gegen die Gefahren aufzutreten und der deutschen Wirtschaft wiederum zu einer gesunden Lage zu verhelfen.

Ausführlich antwortete die Reichsregierung auf diese Betrachtungen, Erwägungen und Mahnungen. Kurz zusammengefaßt etwa dies: Sie habe es schwer, allen widerstreitenden Forderungen im Inland gerecht zu werden. Deutschland sei politisch erregt und unruhig, weil viele sich benachteiligt glauben. Die Regierung möchte ausgleichend wirken, eben um die Wirtschaft zu beruhigen und leistungsfähiger zu machen. Sie gebe sich alle Mühe, zu erfüllen. Sie sehe wohl die Gefahren aus der Kriegs- und Inflationszeit, aber sie sehe alle Kräfte ein, ihnen wirksam zu begegnen. Die einzelnen Vorhaben dieser Art werden dann aufgezählt und darauf hingewiesen, daß die deutsche Wirtschaft auf eine starke Vermehrung der Ausfuhr hinwirke. Die Geld- und Kreditpolitik wolle sie gemeinsam mit der Reichsbank ordnen. Die Besoldungsreform begründet sie: Der Beamte müsse dem Staat vertrauen können, die „immer wieder gegebenen Versprechungen verschiedener Regierungen“ seien einzulösen. Man könne die Beamten nicht weiter verkröten. „Auf eine Vorklage der privaten Wirtschaft“ könne, in dem bisherigen Umfange“ nicht mehr verwiesen werden. Für das laufende Rechnungsjahr seien diese Mehrausgaben an andern Stellen eingepart worden, für die kommende Zeit sei hinreichende Deckung möglich. Mit einer rationelleren Gestaltung des Verwaltungsapparates habe sich die Regierung gemeinsam mit dem Reichsparfiskus beschäftigt. Straffere Zusammenfassung und Vereinfachung des Aufbaues der entsprechenden Kräfte werden erkräftigt. Die Eigenart der deutschen Verhältnisse müßte im gesamten Berücksichtigung werden. Besoldungsreform, Kriegsschadenerschädigung und Schulforderungen vermindern nicht, die Reparationslasten aufzubringen. „Innerhalb des Haushalts“ seien sie „durch veränderte Einnahmen mehr als reichlich gedeckt“. Die Möglichkeit des Transfers habe die Regierung „niemals künstlich beeinträchtigt“. „Großen, ob ein echter Transfer im Sinne des Planes auf die Dauer möglich ist“, ständen uns noch bevor. Der Generalagent habe ja selbst gesagt, daß dieser „von der Wirtschaftspolitik anderer Länder in weitem Umfange abhängig“ sei.

Auf den letzten Satz könnte man sagen: „Herr, dunkel ist der Rede Sinn.“ Überlegen wir diese Rede, so lautet sie: Der Transfer kann für die empfangenden Länder zum Nutzen werden. Sobald sie sich gegen die deutsche Mehrausfuhr sperren, muß von neuem verhandelt und ein vernünftigeres Abkommen getroffen werden.

Se nach der Einsicht in politische, volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Zusammenhänge haben sich deutsche und ausländische Beurteiler mit der Denkschrift Gilberts und der Erwidrerung der deutschen Regierung befaßt. Da und dort heißt es, vieles von dem, was Parker Gilbert gesagt habe, hätten auch einheimische Beurteilungen seit langem gesagt. So insbesondere, daß für die Vereinheitlichung und Vereinfachung des deutschen Verwaltungsapparates seit der Festigung der Währung zu wenig getan worden sei. Ausländische Blätter loben vielfach die Parker Gilbertschen Ausführungen; sie zeigten eben, wie gefährdet die Reparationen seien und daß es Zeit sei, sich besser zu sichern. Andre empfehlen: die Kreditbegehren Deutschlands jetzt scharfer zu prüfen und nicht so freigiebig wie bisher zu sein. Diese Parker Gilbert in allem zustimmenden und auf Kreditverdrängerung ausgehenden ausländischen Berichte sollten sich doch mehr auf die weltwirtschaftlichen Wirkungen der geforderten Haltung besinnen. Hier ist schon ausgeführt worden, daß es kein Zufall und kein Wohlwollen ist, daß gerade Deutschland verhältnismäßig hohe Kredite von Amerika erhalten hat, und aus den erwähnten Gründen braucht Deutschland die Furcht, die manche ausländische Berichte schwingen, nicht so tragisch zu nehmen. Dennoch, so ganz leicht sollte über ihre Beurteilung und über ihre Reichsfolge auch nicht hinweggegangen werden. Auf die Dauer werden sich wohl die vernünftigeren Meinungen durchsetzen, für den Augenblick aber können jene Wilderpartei und Durcheinandermacher Verwirrung und Unheil anrichten und deshalb muß von deutscher Seite aus alles getan werden, was geeignet ist, die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern. Sagen wir ihnen, daß wir bereit sind, freundschaftlichen Rat oder auch Mahnungen anzuhören, sagen wir ihnen aber auch, daß wir so viel Geistkraft und Saft in uns verspüren, etwaige Fehler und Mängel unserer Wirtschaftsführung auszumerken. Von denen, die neue Sicherheiten fordern und Mißtrauen säen, lassen wir uns nicht einschüchtern.

Es wird auch in Zukunft mit Wasser gekocht werden. Im großen ganzen geht es der Wirtschaft besser. Wenn das auch nicht jeder Wirtschaftler augenfällig sieht und merklich spürt: es gibt sichere Anzeichen der Entspannung. Die Zahl der Arbeitslosen ist stark zurückgegangen, die Markt steht hoch im Kurse, die Menschen sind ruhiger und auch unternehmender geworden. Gewiß, bald blüht es da auf, bald dort. Der schwarze Freitag an der Börse (13. Mai 1927), der schwarze Montag (7. November 1927) hat manche schwer mitgenommen. Derlei Tage gibt es auch an ausländischen Börsen. Wenn derartige große Niederlagen an den Börsen auch Außenstehende verwunden, Bekannte, Kreditgeber u. a.) mit hineinziehen, so dürfen solche Verluste volkswirtschaftlich doch nicht überhöht werden. Am wirklichen Volkswert ändert sich dadurch kaum etwas, denn die Werte verlieren dadurch nicht an wirklichen Wert und an ihrer Flüssigkeit. Wenn Aktienpapiere weit über ihren Wert hinaus gekauft werden, so kommt sicher der Tag, an dem sie im Preise fallen. Aber auch wenn sie unter ihren Wert geunt sind, ist der Tag nicht fern, an dem sie wieder steigen.

Im übrigen: Wer spekuliert, muß sich auf mögliche Verluste gefaßt machen. Er steckt etwaigen Gewinn ein und muß Verluste schlucken. Wer von schwarzen Börsentagen verschont bleiben möchte, muß sich von den Börsenpapieren fernhalten. Wenn die Börse auch ab und zu Gemüterzeichen kündigt, so loder steht die deutsche Volkswirtschaft doch nicht, daß sie davon erheblich erschüttert wird. Auf die Hinweise und Mahnungen des Reparationsagenten müßten die Aktien keineswegs fallen. Gutmacher sind oft dabei, mies zu machen, um hinterher ihr Geschick zu machen. Vor allem gilt es: die Währung zu halten und, was dazu nötig ist, muß geschehen. Mögen Spekulanten mit ihrem Geld spekulieren, auf die Währung dürfen sie keinen Einfluß ausüben. Der Reichsbankdirektor glaubt, daß die deutsche Wirtschaft mit 6½ Milliarden Mark Zahlungsmitteln auskommt (vor dem Krieg waren 8 Milliarden im Umlauf). Mit dieser Begrenzung sollen Preissteigerungen Eiphalt geboten und künstliche Erweiterungen in der Wirtschaft vermieden werden. Für diese Begrenzung den einen oder andern einengen, lag die Allgemeinheit wieder es richtig sein. Charlottenburg. Fr. W. Bestold.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Das Unterstützungsverfahren in der Arbeitslosenversicherung

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 behandelt in einem besonderen Abschnitt das Unterstützungsverfahren. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes dürfte eine eingehende Darstellung dieses Abschnittes am Platze sein.

Zuständig für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist dasjenige Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Arbeitslose bei der Arbeitslosmeldung seinen Wohnort hat. Der Antrag ist persönlich zu stellen. Hat der Arbeitslose keinen bestimmten Wohnort, so ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk er sich bei der Arbeitslosmeldung aufhält, auch wenn er nicht die Absicht hatte, dort zu verbleiben. Dasselbe gilt, wenn der Arbeitslose infolge seiner beruflichen Tätigkeit, z. B. in Saisonbetrieben, sich nicht an seinem Wohnort aufhalten konnte. Kehrt er jedoch an seinen Wohnort zurück, so muß er sich an das dort zuständige Arbeitsamt wenden.

Der Vorsitzende des Arbeitsamts kann auf Antrag des Arbeitslosen ein andres Arbeitsamt für zuständig erklären; damit soll die Freizügigkeit des Arbeitslosen erleichtert werden. Lehnt der Vorsitzende die Überweisung ab, so hat der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts zu entscheiden. Handelt es sich um ein Arbeitsamt im Bezirk eines andern Landesarbeitsamts, so bedarf es der Zustimmung auch des Vorsitzenden oder Verwaltungsausschusses dieses Landesarbeitsamts. Die Zustimmung zu dem Überweisungsantrag kann in den Ausnahmefällen mit einfacher Mehrheit erfolgen; die Ablehnung nur mit Zweidrittelmehrheit.

Eine bemerkenswerte Neuerung ist, wie wir schon in einer früheren Abhandlung betonten, daß männlichen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die eine Lehrzeit beendet haben, auf ihren Antrag ein Wanderheim ausgestellt werden kann. Die Ausstellung kann vom Vorsitzenden des Arbeitsamts erfolgen, wenn das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Er darf für denselben Arbeitslosen innerhalb eines Jahres nur einmal ausgestellt werden und ist auf höchstens zehn Wochen zu beschränkt. Dieser Wanderheim begründet dann die Zuständigkeit zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung in den Orten der Wanderschaft. Nähere Bestimmungen sollen noch erlassen werden. Darin kann insbesondere bestimmt werden, daß die Unterstützung während der Wanderschaft ganz oder teilweise in Sachleistungen gewährt wird.

Daß der Arbeitslose bei Stellung des Antrages auf Unterstützung glaubhafte Angaben über die Dauer seiner versicherungspflichtigen Beschäftigung, das Arbeitsentgelt und seine Familienverhältnisse zu machen hat, haben wir bereits in Nr. 86 des „Korr.“ in dem Artikel „Beiträge und Leistungen in der Arbeitslosenversicherung“ eingehend geschildert.

Das Arbeitsamt kann Ermittlungen jeder Art mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen anstellen, insbesondere kann es den Arbeitslosen zur Prüfung seiner Arbeitsfähigkeit ärztlich untersuchen lassen.

Der Arbeitslose hat sich regelmäßig beim Arbeitsamt zu melden, um Arbeit zu erlangen. Andererseits soll dadurch eine Kontrolle ausübt werden, ob der Arbeitslose nicht bereits ohne Kenntnis des Arbeitsamts eine Arbeitsstelle angetreten hat.

Die Meldung arbeitsloser Facharbeiter darf nach Ablauf von neun Wochen seit Beginn der Unterstützung oder während einer beruflichen Arbeitslosigkeit nicht auf die Fachabteilung, der sie ihrem Beruf nach angehören, beschränkt bleiben. Das bedeutet, daß dann der Arbeitslose auch zur Annahme anderer als beruflicher Arbeit verpflichtet ist, jedoch mit der Einschränkung, daß ihm hierdurch keine erheblichen Nachteile für sein späteres Fortkommen entstehen dürfen.

Durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts kann den außerhalb der Reichsanfakt stehenden nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweiser auf ihren Antrag eine Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung und Kontrolle zugestanden werden.

Die Arbeitslosenunterstützung wird wöchentlich nachträglich ausgezahlt. Solange ein zuschlagsberechtigter Angehöriger nicht in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitslosen

Korrespondenzen

aufgenommen ist, oder wenn ein Arbeitsloser seinen gesetzlichen Unterhaltspflichten gegenüber einem zuschlagsberechtigten Angehörigen nicht nachkommt, kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts anordnen, daß ein angemessener Teil der Arbeitslosenunterstützung an den Angehörigen oder diejenige Person, Anstalt oder Behörde ausgezahlt wird, in deren Obhut er sich befindet.

Der Arbeitslose ist nach § 176 verpflichtet, ohne Auforderung unwezüglich dem Arbeitsamt anzuzeigen: 1. wenn er aus seiner früheren Beschäftigung eine Abfindung oder Entschädigung erhält, 2. wenn er oder einer seiner Angehörigen, für den ein Familienzuschlag gewährt wird, eine entlohnte Arbeit übernimmt, 3. wenn ihm Krankengeld, Wohngeld, Rente aus der Unfallversicherung wegen einer 66% Proz. übersteigenden Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit, Invalidenrente nach der Reichsversicherungsordnung, Ruhegeld nach dem Angestelltenversicherungsgesetz oder Invalidenpension nach dem Reichsinvaliditätsgesetz zugebilligt wird, 4. wenn einer seiner Angehörigen, für den ein Familienzuschlag gewährt wird, stirbt, die häusliche Gemeinschaft verläßt oder ihm von einem Dritten Unterhalt gewährt wird.

Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden über den Unterstellungsantrag ist Einspruch beim Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts zulässig. Wichtig ist hierbei, daß nicht nur der Arbeitslose selbst, sondern jeder, der ein berechtigtes Interesse an der Abänderung der Entscheidung hat, Einspruch einlegen kann. Es ist also u. a. auch die Gewerkschaft des Arbeitslosen zum Einspruch berechtigt. Die Einspruchsfrist beträgt zwei Wochen, beginnend mit der Bekanntgabe der Entscheidung. Eine schriftliche Form ist nicht vorgeschrieben, empfiehlt sich aber, um Unterlagen für die rechtzeitige Erhebung zu erhalten. Der Einspruch begründet keinen Aufschub. Vorgeschrieben ist, daß in der Entscheidung auf das Recht des Einspruchs sowie die Form und Frist hingewiesen wird. Der Spruchauschuß setzt, soweit erforderlich, gleichzeitig fest, ob und inwieweit zu Unrecht geleistete Beträge zurückzuerstatten sind.

Die Entscheidungen des Spruchauschusses können mit dem Rechtsmittel der Berufung angefochten werden. Die Berufung geht an die Spruchkammer des Landesarbeitsamts. Zur Einlegung berechtigt ist hier nicht jeder Interessierte, sondern nur der Arbeitslose oder der Vorsitzende oder ein Beisitzer des Spruchauschusses. Die Berufungsfrist beträgt auch hier zwei Wochen. Das über die Form beim Einspruch Gesagte gilt auch hier.

Soweit es sich um Entscheidungen über Anträge auf Krisenunterstützung handelt, ist die Berufung jedoch nur zulässig, wenn der Spruchauschuß seine Entscheidung nicht einstimmig getroffen hat. Der Arbeitslose ist entsprechend zu informieren und ev. auf sein Berufungsrecht hinzuweisen.

Zuguterletzt gibt es noch die Möglichkeit, eine höhere Entscheidung herbeizuführen, allerdings nur „durch die Spruchkammer des Landesarbeitsamts selbst. Die Abgabe der Sache an den Spruchsenat des Reichsversicherungsamts kann erfolgen, wenn es sich um eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung handelt, über die das Reichsversicherungsamt noch keine grundsätzliche Entscheidung veröffentlicht hat. Die Abgabe muß erfolgen, wenn die Kammer von einer bereits veröffentlichten grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts abweichen will. Der Zweck dieser Vorschrift ist die Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsprechung.

Nach § 93 erhält derjenige, der seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben oder durch ein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, verloren hat, während der ersten vier Wochen keine Unterstützung. Wird zur Klarstellung der Rechtslage das Arbeitsgericht oder ein tarifliches Schiedsgericht angerufen, so sind der Vorsitzende des Arbeitsamts und die Spruchbehörden an deren Urteil gebunden. Durch das schwebende Verfahren wird allerdings die Entscheidung des Vorsitzenden nicht aufgehalten. Der Einspruch gegen diese Entscheidung des Vorsitzenden ist aber erst zulässig, wenn eine rechtskräftige Entscheidung des Arbeitsgerichts oder des Schiedsgerichts vorliegt oder der Rechtsstreit ohne rechtskräftige Entscheidung erlischt ist. Die Einspruchsfrist beginnt in diesem Falle erst mit der Zustellung der Entscheidung des Arbeits- oder Schiedsgerichts oder mit der Mitteilung des Arbeitslosen an den Spruchauschuß, daß der Rechtsstreit ohne rechtskräftige Entscheidung erlischt ist.

Wichtig ist auch die Bestimmung, daß endgültige Entscheidungen der Spruchauschüsse, der Spruchkammern und des Spruchsenats über Ansprüche auf Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung für alle Behörden, insbesondere auch Gerichte, bindend sind.

Vor den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung wird mündlich und öffentlich verhandelt. Die Öffentlichkeit kann aus Gründen des öffentlichen Wohls und der Sittlichkeit ausgeschlossen werden; der Beschluß ist öffentlich zu verkünden. Über die Vertretung der Parteien vor den Spruchbehörden entfällt das Gesetz keine Bestimmungen. Es ist daher anzunehmen, daß hierfür die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung maßgebend sind. Hiernach kann der Antragsteller selbst erscheinen oder sich vertreten lassen. Die erschienenen Parteien und Parteivertreter sind zu hören. Die Spruchbehörde kann Bevollmächtigte und Beistände zurückweisen, die das Verhalten vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Dies gilt nicht für Rechtsanwälte und solche Personen, welchen das Verhalten vor Gericht gestattet ist, auch nicht für solche Personen, welche zur geschäftsmäßigen Rechtsvertretung vor den Spruchbehörden zugelassen sind (Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre). P. Lo.

Mfherleben. Am 16. Oktober fand hier unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitz Mfherleben war mit 82, Bernburg mit 24, Stahfurt mit 17, Hettstedt mit 4, Alstedden und Nienburg mit je einem Kollegen vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung trug der Gesangsverein „Gutenberg“ (Mfherleben) zwei Lieder vor, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Um 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung durch den Bezirksvorsitzenden Nagel mit begründeten Worten eröffnet. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles referierte der auf dem Gebiete der Sozialversicherungsgehebe bekannte Bürgermeister K. K. K. (Mfherleben) über „Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Der etwa anderthalbstündige Vortrag löste reichlichen Beifall aus. Die in der eingehenden Aussprache angehörten Fragen wurden lebhaft diskutiert und vom Referenten gut geklärt. Unter „Tariflichem“ beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit der Aufwärtsentwicklung der Preise der Lebenshaltung. Die am 1. Oktober in Kraft getretene Zulage von 1 M. sei hierdurch längst überholt. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die zur Bezirksversammlung anwesenden Kollegen des Bezirks Mfherleben fordern den Verbandsvorstand hierdurch auf, Mittel und Wege zu suchen, den Tariflohn, der jetzt herrschenden Teuerung entsprechend, welche bei den Lohnverhandlungen im Februar d. J. nicht vorausgesehen war und auch nicht in Betracht gezogen wurde, auf dem Verhandlungswege noch vor Ende dieses Jahres zu erhöhen.“ Unter „Verchiedenem“ wies Kollege K. L. (Halle) darauf hin, mehr dem § 15 unres. Tarifs (Sonderbestimmungen für Drucker), dem sogenannten Festlohnparagrafen, mehr Beachtung zu schenken. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, fand die äußerst sachlich verlaufene Versammlung ihren Schluß. — Ein gemeinsames Beisammensein hielt die Kollegen bis zur Abfahrt der Züge beisammen.

Berlin. (Maschinenseher.) Unsere letzte Versammlung am 9. Oktober beschäftigte sich eingehend mit den Aufgaben der Sparte. Unter anderem wurde über die Auffassung des Verbandsvorstandes, die den Sparten die Stellungnahme zu Lohnfragen und Annahme entsprechender Anträge unterlag, lebhaft diskutiert. Die Kollegen waren einmütig der Meinung, daß genannte Fragen mit zu den Aufgaben einer Sparte gehören. (Diese einmütige Meinung kann im allgemeinen Organisationsinteresse und auf Grund der Stellungnahme mehrerer Verbandstage nur insofern Anerkennung finden, als es sich um besondere Sparteninteressen handelt. Alle die Allgemeinheit betreffenden Tarif- und Lohnfragen unterliegen ausschließlich der Erörterung und eventuellen Beschlußfassung in Mitgliedschaftsversammlungen. Diese Notwendigkeit ist noch besonders drastisch erwiesen worden durch die letzten gefaßten widerspruchsvollen Beschlüsse mehrerer Berliner Spartenvereine. Schriftleitung.) Ferner standen zwei Entscheidungspunkte zur Debatte, die die Politik aus unsern Versammlungen ferngehalten wissen wollen. Nach Feststellung einiger Disziplinareverordnungen, die in der heutigen Zeit kaum ohne Politik auskommen sei und jeder wirkliche Gewerkschaftler auch Politik betreiben, ging Kollege C. G. L. m. e. r. auf die Entscheidung ein. Er gab der Versammlung ein anschauliches Bild von den ständig wachsenden Arbeitern des Vorlandes. Diese seien erstens technisch-organisatorischer Art, und zweitens betreffen sie die Bildungsarbeit. Dafür werden alle Kräfte eingesetzt. In der Abstimmung über die Entscheidung wurden diese mit großer Mehrheit abgelehnt. Zur Arbeitslosenfrage wurde eine Resolution dem Verbandsvorstande als Material überwiefen.

Bischofswerda i. Sa. Zu einer außerordentlichen Hauptversammlung hatten sich die Mitglieder unseres Ortsvereins am 22. Oktober zusammengefunden. Unser bisheriger erster Vorsitzender, Kollege W. V. W., legte infolge Scheiterns aus dem Ortsverein sein Amt als solcher nieder. Eingangs der Versammlung wurden die verschiednen Eingänge besprochen. Von diesen erweckten hauptsächlich die Aufforderung des Bildungsverbandsvorstandes zur Teilnahme an seiner Fernkursen als auch die Mitteilung, daß die schulische Ausbildung der in der Lehrkingsabteilung organisierten Lehrlinge von jetzt ab von der hiesigen Prinzipalität finanziell unterstützt werden soll, großes Interesse. Kollege N. o. b. legte hierauf noch einmal kurz seine Tätigkeit wie überhaupt die Verhältnisse am hiesigen Ort, der Hochburg des Gutenbergbundes für Ostschlesien, klar, die Kollegen bittend, auch weiter so zur Sache zu stehen wie unter seiner Leitung. Bei der darauf folgenden Wahl wurde der Senior unseres Ortsvereins, Kollege Otto W. A. L. i. h. e. r. zum ersten Vorsitzenden gewählt. Unter Punkt „Verchiedenes“ entspann sich noch eine lebhaft ausgeprägte über Lehrkingsausbildung im Beruf und Lehrkingsbeziehung im täglichen Leben. Auch wurde der Bitte stattgegeben, die zukünftigen Versammlungen im Interesse auswärtiger Kollegen im „Rorr.“ anzugehen.

Bremen. Am 20. Oktober im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Bezirksversammlung gedachte des Ablebens des Sechers Karl Meyer, der bis zu seinem hohen Alter von 71 Jahren ein treuer Anhänger des Verbandes war; die Anwesenden ehrten sein Andenken in üblicher Weise. Bereits in der Septemberversammlung beschäftigten sich die Bremer Buchdrucker mit der merkwürdigen Teuerungswelle, deren Auswirkung sie deutlich spürten, und forderten zum Ausgleich eine Lohnaufbesserung. In seinem Situationsbericht wies Bezirksvorsitzender G. o. l. e. r. t. auf den gigantischen Kampf der streikenden Braunkohlenarbeiter hin. Selbst der Bremer Senat habe bereits zur Teuerung Stellung genommen und die Kleinhandelskammer angewiesen, keine weiteren Preiserhöhungen vorzunehmen. Auch andere Gewerkschaften seien in Lohnbewegungen eingetreten, und unser Verbandsvorstand muß ebenfalls Gelegenheit nehmen, dadbüti mit der Interessengremierung in Verhandlungen zwecks Aufbesserung des jetzigen Lohns einzutreten. Ein Antrag, mit der hiesigen Prinzipalität in Verbindung zu treten, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Der Vorsitzende erstattete dann den Bericht von der Bezirksvor-

sitzerkonferenz, die sich in der Hauptsache mit der Einstellung eines zweiten besoldeten Gauangestellten, mit einer Betrachtung über die gewerbliche Lage, mit dem Zwangsschiedsgerichtsverfahren, mit dem Umbau und der Finanzierung des eignen Hauses und der Lehrkingsbeziehung befaßte. Ein Bericht des Gaulehrkingsleiters W. d. e. r. über „Was lehrt uns die Ausstellung „Das junge Deutschland“ und die Gaulehrkingsleiterkonferenz“ folgte. Er forderte zum Schluß seiner Ausführungen die Mitarbeit der Gesamtkollegenchaft, um das Interesse der Lehrlinge für die Organisation mehr als bisher zu heben. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nach einem Hinweis auf die im kommenden Jahre stattfindende „Presse“ in Köln, auf die der Bremer Bezirksverein sein Gemeinschaftsinteresse konzentrieren wird, gedachte Kollege G. o. l. e. r. t. noch des Ablebens des früheren Gauvorsitzers Sindenlaub in Freiburg i. Br. Zu Ehren dieses bewährten und langjährigen Verbandsfunktionärs erhoben sich die Anwesenden zum Zeichen der allgemeinen Anteilnahme von den Plätzen.

Darmstadt. (Maschinenseher.) Unsere Versammlung am 23. Oktober hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen, waren doch 30 Kollegen anwesend. Kollege S. c. h. e. r. z. i. n. g. e. r. gab unter „Geschäftlichem“ einige Eingänge bekannt, unter anderem die Fragebogen der Zentralkommission, die im Interesse der aufzunehmenden Statistik von seitens der Vertrauensmänner der Sparte in den einzelnen Druckereien genau ausgefüllt werden sollten. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Die von den Prinzipalen so sehr gewünschte Erhöhung der Stundenlohnleistung am Typograph und der Monotypie wurde von den anwesenden Mitgliedern scharf bekämpft. Unter „Technischem“ wurden aus der Versammlung einige Fragen gestellt, die von der Technischen Kommission beantwortet wurden.

Dejau. Am 23. Oktober fanden sich die Kollegen der Orte Dejau, Köthen, Zerbst, Bitterfeld, Alten, Kossau und Oranienbaum zur Herbstbezirksversammlung in Köthen zusammen. Fröhlich wurde das heimische Laboratorium unter Führung des Direktors des Polytechnikums befaßt, der die Entstehung des Instituts schilderte und interessante Ausführungen über die Arbeitsmethoden der Studierenden machte. Dem Führer an dieser Stelle den wohlverdienten Dank. Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung durch „Das heilige Feuer“ des Gesangsvereins „Typographia“ (Köthen) eingeleitet. Kollege H. a. m. a. n. n. (Dejau) begrüßte die Kollegen im Namen des Bezirks, Kollege S. e. n. z. (Köthen) im Namen des Ortsvereins Köthen und Kollege G. a. b. r. i. e. l. (Halle) im Namen des Gaues. Das Andenken der Verstorbenen des letzten Halbjahres wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Die Berichte aus den Orten lauteten günstig hinsichtlich des Beschäftigungsgrades und der tariflichen Verhältnisse. Die Durchreisenden verursachen den einzelnen Ortsvereinen nicht geringe Ausgaben, da gerade Mitteldeutschland viel bereist wird. Die geringe Erhebung unres. Lohnes am 1. Oktober tief verlebene Redner auf den Plan, die heftige Kritik übten. Folgende Entscheidung des Bezirksvorstandes wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung des Bezirks Dejau richtet an den Verbandsvorstand das dringliche Ersuchen, Schritte einzuleiten, daß das noch bis zum 31. März 1928 laufende Lohnabkommen eine Abänderung erfährt. Eine Zwischenlösung muß eintreten, soll der Wirtschaftskrisen im Gewerbe weiter bestehen.“ Nimm mehr sprach Bürgermeister K. l. e. i. s. (Mfherleben) über „Die neue Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Redner schilderte in zwei Stunden das Gesetz nach seinen Schwächen und Vorteilen. Ausgehend vom Mittelalter, das auch schon durch die Ilustre Arbeitsvermittlung kannte, über die paritätische Arbeitsvermittlung (auf welchem Gebiete der Referent die Buchdrucker ganz besonders als Schrittmacher feierte), bis zu der heutigen Reichsanstalt, eine Entwicklung, die bestimmt eine Untere der Aufwärtsentwicklung zeigt, kam der Redner zu dem Schluß, daß noch viel mehr auf dem Gebiete der sozialen Hilfe geleistet werden könnte, wenn die Menschheit erst den Wahnsinn richtig zu gebrauchen instande wäre. Eine Ausrede wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende kam auf das Antrauf der „Gelsen“ zu sprechen, das durch das Unternehmertum unter dem Sammelnamen „Dinta“ hochgeglüht wird. Verleistungen, Verkopplänge, Gelangvereine, alles von Unternehmertum finanziert, sollen sorgen für die Ablenkung von den Gewerkschaften, die als eine Macht vom Kapital längst erkannt sind. Der Ortsverein Zerbst wünschte die nächste Bezirksversammlung in seinen Mauern zu haben. Diese Anregung wurde als undiskutabel wegen der damit verbundenen Fahrtausgaben bezeichnet. Damit hatte die von rund 300 Kollegen besuchte Versammlung ihr Ende erreicht. — Für den Nachmittag hatte der Ortsverein Köthen ein Tischchen mit Rabarettelagen arrangiert, das ziemlich stark besucht war und manche Bekanntschaft vermittelt und befestigt hat.

K. Duisburg. Unsere Versammlung am 22. Oktober, die die Kollegen mit ihren Damen vereinte, brachte nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten einen äußerst interessanten Vortrag des Pädagogen Herrn v. K. e. s. s. e. l. über: „Schule und Erziehungsfragen“. Dringendes Erfordernis sei es, die jetzt noch bestehende Drill- und Prügelergo in eine Erziehungsschule auf der Grundlage des produktiven Arbeitsunterrichts umzuwandeln. Die Gemeinschaftsschule als die große öffentliche Schule ist die eigentliche Staatschule, sie ist die Aufbauschule für das heranwachsende Geschlecht, die Schule für die künftigen Kämpfer für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung. Wollen wir aber erwarten, daß die Gemeinschaftsschule so durchgeführt wird, wie die Befassung es vorschreibt, so ist es erforderlich, bei den kommenden Wahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die diese Forderungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik zu verwirklichen bestrebt sind. Die Ausführungen des Referenten wie die in der Diskussion vom Kollegen S. c. h. o. c. h. gemachten wertvollen Ergänzungen ernteten reichlichen Beifall. Die Aufmerksamkeit des Hauses war mehrfach aufgenommen worden zwei Kollegen. Die restlichen Tagesordnungspunkte hatten lokales Interesse.

Essen. (Drucker.) Unser Verein konnte in diesem Jahre auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Einige wertige Kollegen waren es, die die Wichtigkeit der Druckerparte

im Jahre 1902 auch hier in Eisen-erkannt. Die Gründungsverammlung war nur von einer kleinen Schar besucht. Allmählich stieg die Zahl, bis der Kriegsausbruch jede Entwicklung unterband. Zum zweitenmal kam der Verein durch die Inflation zum Erliegen. Nachdem nun auch dieses vorüber war, wurde emsig durch Neubau das Zerfallene aufgerichtet, und heute sehen wir den Druckerverein mit über 100 Mitgliedern an der Verbandsarbeit mitwirken. Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums hatte der Verein seine Mitglieder und Freunde nebst ihren Damen am 15. Oktober in die festlich geschmückten Räume des „Felsenkellers“ eingeladen. Der Saal konnte die Erschienenen kaum fassen. Vorstehender Frau u. Begrüßte die Erschienenen unter Bekanntgabe der eingegangenen Glückwunschkarten und -schreiben. So hatte u. a. der Mitgründer Kollege Schönweiß (Kiel) ein in bewegten Worten gehaltenes Schreiben an den Verein gerichtet, ferner waren von Kollegen Kraus (Berlin), vom Gau, von der Zentral-Kommission und von den Druckervereinen Aachen, Dortmund, Frankfurt a. d. O. Telegramme eingegangen. Eine besondere Ehrung erfolgte durch die Überreichung einer künstlerischen Glückwunschkarte durch den Vorsitzenden des Duisburger Druckervereins, Kollegen Prinz. Persönliche Glückwünsche überbrachten fast sämtliche Nachbarorte und Bezirke, die durch ihre Vorstände vertreten waren. Der Kollegenverein „Typographia“ (Eisen) verschönerte durch gelungene Darbietungen in vorzüglicher Weise die Feier. Als Festredner übermittelte Kollege Kiefer (Köln) einleitend die Glückwünsche der Zentral-Kommission und entwarf sodann in markanten Zügen ein Bild von der Entwicklung unseres Vereins und der Sparte. Durch langanhaltenden Beifall dankte die Festversammlung dem Redner für seine vorzüglichen Darbietungen. Ihm schloß sich Bezirksvorsitzender Böhmung mit herzlichsten Worten an, beseligend die Kollegen H. Müller, Prinz (Duisburg), Engler, Lefer (für den Bildungsverband), Elsner (Oberhausen) und Tönnies (Dortmund). Nach Abwicklung des offiziellen Teils kamen auch die Nachmusiken in ausgiebiger Weise in Bewegung, ebenfalls die Tanzlustigen. Immer höher schlugen die Wogen der Geselligkeit, bis der Tag anbrach, wo geschieden werden mußte. Würdig kann sich diese Feier den vorausgegangenen anschließen, deshalb Dank allen, die zum guten Gelingen beigetragen haben.

Halle a. d. S. Am 23. Oktober fand im hiesigen „Volksparl“ die Herbstbeiratsversammlung des Bezirks Halle statt. Vorauf ging am Vormittag eine Besichtigung des Anatomischen Instituts. Bezirksleiter Hebe nstahl eröffnete 1 1/2 Uhr die Versammlung durch Begrüßung der erschienenen Kollegen, worauf unser Gauvorsitzer König einen interessanten Vortrag über „Die neue Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsnachweisgesetz“ hielt. Mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit war es nur möglich, die wichtigsten Punkte herauszugreifen. Pflicht eines jeden Kollegen sollte es deshalb sein, sich im eignen Interesse eingehend mit dem Gesetz zu beschäftigen. Die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen zeigten, daß bei tariflichen Verhältnissen die Beschäftigung mit wenigen Ausnahmen noch als gut zu bezeichnen ist; gleichzeitig kam aber auch zum Ausdruck, daß in den zum mitteldeutschen Industriegebiet gehörenden Orten die Druckschläge einer Revision unterzogen werden müssen. Hierbei wurde auch auf die erhebliche Steigerung der Lebenshaltung hingewiesen. Folgende Entschlüsse, fand einstimmige Annahme: „Die in Halle versammelten Mitglieder des Bezirks Halle a. d. S. erwarten von ihrem Verbandsvorstande, daß er alle Mittel und Wege anwendet, eine Verbindung mit den Unternehmern des Buchdruckgewerbes herbeizuführen, um zu den vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Stellung zu nehmen und in Anbetracht dieser eine entsprechende Erhöhung des Lohnsatzes festsetzt. Die Versammlung erwartet, daß die graphischen Organisationen, insbesondere der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, dieser Forderung gerecht werden.“ Der Vorsitzende wies nochmals auf die Wichtigkeit der heutigen Versammlung hin, es sei an der Zeit, auch die jüngeren Kollegen aufzurufen, damit auch sie an den Beratungen der Organisation teilnehmen. — Ein vom Ortsverein Halle veranstalteter Unterhaltungsabend vereinigte die Kollegen bis zur Heimkehr in geselliger Kollegialität.

Halle a. d. S. Am 14. Oktober fand im hiesigen „Volksparl“ die Herbstbeiratsversammlung des Bezirks Halle statt. Vorauf ging am Vormittag eine Besichtigung des Anatomischen Instituts. Bezirksleiter Hebe nstahl eröffnete 1 1/2 Uhr die Versammlung durch Begrüßung der erschienenen Kollegen, worauf unser Gauvorsitzer König einen interessanten Vortrag über „Die neue Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsnachweisgesetz“ hielt. Mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit war es nur möglich, die wichtigsten Punkte herauszugreifen. Pflicht eines jeden Kollegen sollte es deshalb sein, sich im eignen Interesse eingehend mit dem Gesetz zu beschäftigen. Die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen zeigten, daß bei tariflichen Verhältnissen die Beschäftigung mit wenigen Ausnahmen noch als gut zu bezeichnen ist; gleichzeitig kam aber auch zum Ausdruck, daß in den zum mitteldeutschen Industriegebiet gehörenden Orten die Druckschläge einer Revision unterzogen werden müssen. Hierbei wurde auch auf die erhebliche Steigerung der Lebenshaltung hingewiesen. Folgende Entschlüsse, fand einstimmige Annahme: „Die in Halle versammelten Mitglieder des Bezirks Halle a. d. S. erwarten von ihrem Verbandsvorstande, daß er alle Mittel und Wege anwendet, eine Verbindung mit den Unternehmern des Buchdruckgewerbes herbeizuführen, um zu den vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Stellung zu nehmen und in Anbetracht dieser eine entsprechende Erhöhung des Lohnsatzes festsetzt. Die Versammlung erwartet, daß die graphischen Organisationen, insbesondere der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, dieser Forderung gerecht werden.“ Der Vorsitzende wies nochmals auf die Wichtigkeit der heutigen Versammlung hin, es sei an der Zeit, auch die jüngeren Kollegen aufzurufen, damit auch sie an den Beratungen der Organisation teilnehmen. — Ein vom Ortsverein Halle veranstalteter Unterhaltungsabend vereinigte die Kollegen bis zur Heimkehr in geselliger Kollegialität.

Leipzig. (H. Andseker.) In der Versammlung am 13. Oktober wies Kollege Wolfraam in seinem Vereinsbericht darauf hin, daß in Berlin und Oberfeld die Handseher in verschiedenen Betrieben Forderungen an Aufbesserung der Leistungszulagen gestellt haben. In beiden Druckorten kam es zwischen den Personal und den Geschäftsführungen zu Verhandlungen, die durch das Eingreifen der Verbandsinstanzen gestützt und gefördert wurden. Auf diese Weise war es möglich, daß den bisher recht gering entloh-

ten Handsehern Aufbesserungen der Leistungszulagen zugestanden werden konnten. Weiter wurde auf Einzelfälle einer nicht tariflich zulässigen, dafür aber recht schützenden Leistungskontrolle eingegangen und die Kollegen ermahnt, sich Tarifentwürfe auszuweisen, um derartigen Leistungskontrollen begegnen zu können. Vom dem Ergaß einer mit dem Gauvorstand und sämtlichen Spartenvorständen sowie dem Vorstand der Druckschläge Leipzig des Bildungsverbandes abgehaltenen Sitzung wurde Kenntnis genommen und das Verhalten des Vorstandes gebilligt. Der Arbeitsplan der Handsehervereinigung für das Winterhalbjahr 1927/28 wurde noch einmal eingehend besprochen und von der Beteiligung der Kollegen an den einzelnen Lehrgängen Mitteilung gemacht. Ist die Beteiligung der Kollegen an den Lehrgängen „Deutsch und Rechtschreibung“ und „Einführung in die Gebiete des Werksches“ sehr gut, die Beteiligung an den Lehrgängen „Sachberechnung“ leidlich, so läßt sie bei den übrigen Lehrgängen zu wünschen übrig. Eine vom Vorstand angeregte Zusammenkunft der Handsehervertrauensleute im November wurde gutgeheißen. Ferner ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, der Lehrgangsordnung wie überhaupt der Heranbildung des Nachwuchses größte Beachtung zu schenken. In der Aussprache wurde scharf das ungewerkschaftliche Verhalten der Kollegen gerügt, die durch Einreichung von Offerten bei größeren Druckereien, und vornehmlich Zeitungsbetrieben, die vorwärtsmäßige Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis ignorieren und durch ihr Verhalten oftmals die Arbeitsverhältnisse für die in dem betreffenden Betriebe stehenden Kollegen gefährden. Im Anschluß an die Aussprache zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt Herr Dr. Wodenberg, Leiter der Abteilung für künstlerische Drucke an

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!
Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!
 (Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsaufsätzen auf den Seiten 47 bis 64.)

der Deutschen Bucherei, einen Vortrag: „Die moderne Druckkunst in Schweden, in der Tischholzschnitzerei, in Polen, Ungarn und Rußland.“ Es bedarf keiner Unterstreifung, daß der Referent auf Grund seiner Sachkenntnis und an Hand von musterhaften Originalen — im Lichtbild vorgeführt — überaus wertvolle Aufschlüsse über den Stand der Druckkunst in den genannten Ländern zu geben vermochte. Er vertrat es, die hervortragendsten Buchkünstler der einzelnen Länder den aufmerksamsten Zuhörern näherzubringen, wobei Buchkünstler, die dem Buchschmuck noch jederzeit ihre Reberheit erweisen, voll auf ihre Kosten gekommen sein dürften. Schade nur, daß infolge vorzeitiger Räumung des Saales der Vortrag nicht so ausgedehnt werden konnte, daß auch die Druckkunst in Ungarn und Rußland noch eine eingehendere sachkundige Besprechung erfahren konnte. Doch wird einem später zu haltenden Vortrag des Herrn Dr. Wodenberg die Besprechung der modernen Druckkunst in Ungarn und Rußland vorausgeschickt werden.

Ludwigschafen a. Rh. Am 16. Oktober fand eine Besatzungsversammlung in Grünstadt statt, die von Kollegen aus Frankenthal, Ludwigschafen, Speier, Germersheim und Grünstadt besucht war. Zur Einführung der Versammlung brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ (Ludwigschafen) ein Lied zum Vortrag. Namens des Bezirks begrüßte Vorsitzender Casper und namens des Ortsvereins Grünstadt Kollege Hornung die Kollegen. Letzterer griff dabei zurück auf die Geschichte der Gauvorstandsbeschlüsse betreffs Auflösung des Bezirksvereins Speier und die Abtretung des Ortsvereins Grünstadt an den Bezirk Neubad a. d. S. Jetzt ist Grünstadt wieder dem Bezirk Ludwigschafen zugeföhrt. Es folgten zunächst mehrere Mitteilungen der Vorsitzenden. Dabei erwähnte er den Zweiten Pfälzer Buchdruckerkongress, den Kollegen für ihre Mitwirkung dankend. Ein Mitglied mußte wegen Restierens zum Ausschluß gestellt werden. Der Kasienbericht vom ersten und zweiten Quartal sowie der Verbands- und der Gaukasse und die Abrechnung vom Zweiten Pfälzer Buchdruckerkongress lagend gedruckt vor. Eine Distiktion wurde nicht gewünscht, und dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Als Projektbevollmächtigter für das Arbeitsgericht wurde Kollege Preisling (Ludwigschafen) bestimmt. Den Hauptpunkt bildete ein Referat des Gauvorsitzers Conrad. Aus der Praxis des Tarif- und Arbeitsrechts.“ Er wandte sich hauptsächlich dem Arbeitsgerichtsrecht zu, das am 1. Juli d. J. in Kraft trat und eine überragende Bedeutung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung hat. Ferner kam der Referent auf die Bedeutung der Allgemeinverbindlichkeits-erklärung der Tarife im allgemeinen und auch in unserm Berufszuge zu sprechen und weiter auf die Sonderbestimmungen, allgemeine Arbeitszeitfestsetzung und Befähigung der Aufsicht sowie Entschuldigungen. Infolge der vorgezeichneten Zeit war der Referent genötigt, den nächsten Teil seines Vortrages in einer späteren Versammlung zu behandeln. Betreffs der Arbeitsgerichtsbesetzung betonte er, daß die Gauangestellten infolgeder von ihnen zu bewältigenden Verwaltungsarbeiten nicht in der Lage seien, die Vertretung zu übernehmen. Mit einem „Vorwärts und aufwärts in Reich und Glied“ schloß er seinen reichreichen Vortrag. Der Vorsitzende dankte dem Referenten namens der Versammlung. Unter „Verschiedenem“ führte Kollege Casper an, daß infolge der Nachwirkungen des Zweiten Pfälzer Buchdruckerkongresses der Kassierer, Kollege Weiger, sein Amt zur Verfügung gestellt habe. Es soll eventuell ein Ersatz gemietet werden, um die Kassengeschäfte abzuwickeln, wozu die Zustimmung der Versammlung erwidigt sei. Der Auf- einwanderfreie Kasienführung zu bewegen, wurde von der

Versammlung durch Erheben von den Sigen entprochen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung, die einen angeregten Verlauf nahm und gut besucht war, ihren Abschluß. — Nach Einnahme des Mittagessens und einem Spaziergang im hochgelegenen Park vereinten sich die Kollegen wieder im Tagungslokal zu einigen gemühtlichen Stunden bei Musik und Tanz.

G. Wänden. (Schriftgießer, St. Oerostypure und Galvanooplastiker.) Am 15. Oktober fand im festlich geschmückten Saale des „Johanneshauses“ die Feier des 30jährigen Bestehens unserer sachtechnischen Vereinigung statt. Von 6 Uhr an begann sich der Saal mit Kollegen, deren Angehörigen sowie Gästen zu füllen, und bald herrschte frohe Feststimmung. Neben dem hiesigen Ortsvorstande waren auch Vorstände anderer Spartenvereine erschienen. Aus allen Teilen des Reiches waren Glückwünsche eingetroffen. Das Unterhaltungsprogramm wurde ausgefüllt mit erstklassigen Musikvorträgen der Kapelle „Die Wildvögel“, meisterhaft vorgetragenen Preisliedern des Buchdrucker-Gesangsvereins, reizenden Soloführungen der kleinen Elise Bibel vom Nationaltheater und urwüchsig-komischen Vorträgen des Herrn Subienrats Pfeiffer. In seiner Freude erwähnte Vorsitzender Stettiner in ausführlicher Weise alle Motive, die vor 30 Jahren zur Gründung des Vereins durch die Schriftgießer führten sowie alle Ereignisse, die zum Aufstieg der St. Oerostypure beitrugen. In besonders warmen Worten gedachte er der einzelnen Kollegen, die den Grundstein zu unserer Vereinigung legten, und die auch in späteren Jahren mit ihre Stützen und Förderer bildeten. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Im weiteren Verlauf der Feier kam jeder auf seine Rechnung. Wohl alle werden der frohen Stunden gedenken, die dieses Fest mitgemacht haben. Unsere Kollegen aber möge es ein Ansporn gewesen sein zu weiterem Wirken im Geiste der Gründer und im Interesse der Sparte und des Verbandes.

Zerbst. In Anbetracht des Umstandes, daß bei vorkommenden Überstunden die den Kollegen zuzurechnenden tariflichen Pausen vielfach nicht eingehalten, sondern die Pausen von der Arbeitszeit abgezogen werden, um eine Viertelstunde früher aus dem Geschäft zu kommen, wurde in unserer letzten Versammlung folgender Beschluß gefaßt: „Bei vorkommenden Überstunden sind die tariflichen Pausen bei normal gelegener Arbeitszeit unbedingt einzuhalten. Bei ungünstig gelegener Arbeitszeit werden die Pausen zwischen der gesetzlichen Betriebsvertretung und der Geschäftsleitung vereinbart.“ In den Gauvorstand wurde folgende Eingabe gerichtet: „Anlässlich der letzten Lohnzulage, die mehr einer Berechnung der Geschäftsführung als einer Lohnzulage gleichkommt, und in Anbetracht der seit April dieses Jahres eingetretenen erheblichen Preissteigerung für sämtliche lebensnotwendigen Artikel, beauftragt der Ortsverein Zerbst den Gauvorstand, den Verbandsvorstand zu veranlassen, baldmöglichst den bestehenden Lohnsatz zu kündigen und neue Lohnverhandlungen anzubahnen.“ Es wurde dann noch angeregt und beschlossen, eine gleiche Entschlüsselung der Bezirksversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Allgemeine Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenjahre in unserm Verbands im Monat Oktober erstrickte sich auf 200 Zahlstellen; davor haben 33 mit 3872 Mitgliedern keinen Bericht an die Hauptverwaltung eingeleitet. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 81 000. An Arbeitslosen wurden geschätzt 2700 (gegen 2945 im September). Verkürzt arbeiteten 437 (gegen 307 im September), und zwar bis zu 8 Stunden 31, 9 bis 16 Stunden 72, 17 bis 24 Stunden 51, 25 und mehr Stunden 3 Mitglieder.

Berworfene Berufung. Die Firma August Krenbt in Eberswalde hatte gegen das Urteil des dortigen Arbeitsgerichts (siehe Nr. 85 des „Korr.“), wonach ihr die Befähigung der tariflichen Kostgebetige auferlegt worden war, Berufung beim Landesarbeitsgericht Berlin eingeleitet. Am 11. November stand der Fall zur Verhandlung. Die verwurte Firma wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Stephan Oppenheimer vertreten, für den Kläger war Rechtsanwalt Dr. Leffmann erschienen; außerdem nahmen an der Verhandlung Projektbevollmächtigter Gauvorsitzer Keine (Stettin) und Kollege Fülle teil. Der Vertreter der Beklagten beantragte die Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils, weil der Lehrvertrag keine tarifliche Regelung zulasse und es in der Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Reichsarbeitsverwaltung ausdrücklich heiße: Die allgemeine Verbindlichkeitsklärung erstreckt sich nicht auf die Lehrlingsbestimmungen, soweit durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse, anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden. Das sei hier der Fall. Rechtsanwalt Dr. Leffmann verteidigt den gegenteiligen Standpunkt, und auch Kollege Fülle brachte zum Ausdruck, daß die Frage, ob der Lehrvertrag die tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse zulasse, in bejahendem Sinne entschieden sei. Die Reichsarbeitsverwaltung habe unbekanntes des vorgetragenen Wortlautes in der Verbindlichkeitsklärung sowohl in einem Schreiben als auch mündlich erklärt: weiche Bestimmungen des Tarifvertrages der Allgemeinverbindlichkeitsklärung unterlägen, habe in Streitfällen das Gericht festzustellen. Nach ziemlich langer Beratung lautete das Urteil auf Verwerfung der Berufung. Sobald die schriftliche Begründung vorliegt, kommen wir auf die Sache zurück.

Über die Konjunktur im graphischen Gewerbe. Aus einer Umfrage, die das Institut für Konjunkturforschung gemeinsam mit dem Leipziger Messamt bei den Ausstellern der letzten Herbstmesse veranstaltet hat, sei über die Lage der Gruppe Buchgewerbe und Graphik hier auszugeweihtes einiges mitgeteilt. Die beiden Haupttriebfkräfte für den Wiederaufstieg im Papiergewerbe, die Zunahme der allgemeinen Umfänglichkeit und die mit dem Niedgang der Arbeitslosigkeit verbundene Besserung der Einkommensverhältnisse, haben ihre günstigen Wirkungen seit der Frühjahrsmesse noch verstärkt. Während aber im Frühjahr die Befebung der Branche im Wesfegeschäft zum Ausdruck kam, bot die Herbstmesse ein vom allgemeinen Geschäfts-

